

# Kampf gegen Atomwaffen auf allen Ebenen

## Die Widersprüchlichkeit in der Verfolgung von AtomwaffengegnerInnen nutzen

Von Marion Küpker

Die *Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)* ist Mitgliedsorganisation in der DFG-VK und initiiert u.a. die internationale Vernetzung des Widerstandes gegen die Atombomben in Büchel. Während der 20-wöchigen Aktionspräsenz in Büchel gibt es seit einigen Jahren immer auch eine „Internationale Woche“, das nächste Mal vom 8. bis 18. Juli 2019. Nach wie vor verweigert es die deutsche Justiz, Gerichtsverfahren gegen ausländische AktivistInnen durchzuführen, die in den Atomwaffenstützpunkt eingedrungen sind. Das lassen sich AktivistInnen und die US-Geschwister-Organisation *Nukewatch* nicht weiter gefallen. Am 16. Januar 2019 findet vor dem Landgericht Koblenz die Berufungsverhandlung gegen einen deutschen Aktivist statt, zu dem ProzessbeobachterInnen auch aus Holland und aus den USA anreisen werden. Ziel der juristischen Auseinandersetzung ist letztlich die Erreichung eines höchstgerichtlichen Urteils des Bundesverfassungsgerichts oder auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, mit dem die Unvereinbarkeit der Stationierung amerikanischer Atomwaffen (und der deutschen „nationalen Teilhabe“) mit dem Völkerrecht festgestellt wird.

**D**er Hintergrund: In den Jahren 2017 und 2018 verschafften sich allein in den internationalen Wochen über 58 Mal AtomwaffengegnerInnen mit „Go-Ins“ als Aktionen des zivilen Ungehorsams Zutritt in den Atomwaffenstützpunkt Büchel. Am Sonntag, den 16. Juli 2017, dem *Internationalen Aktionstag der Indigenen gegen die atomare Kette*, organisierten holländische Catholic Workers eine Andacht, in der 60 WeltbürgerInnen Brot miteinander teilten. Anschließend öffneten über 30 Frie-

densbewegte das Absperrgitter und drangen durch das dahinterliegende Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt ein.

Während einige nun ihr Brot mit den Soldaten teilten, legten andere Brot auf drei der Kampfflugzeuge ab. Symbolisch sollten diese Flieger „Brot statt Bomben“ an Menschen verteilen. Zwei US-amerikanische Nonnen, die direkt nach den Verbotvertrags-Verhandlungen der Vereinten Nationen von New York nach Büchel kamen, forderten den Kommandeur des Bun-

deswehr-Fliegerhorstes zu sprechen, um ihm den Verbotvertrag zu überreichen. Sie verlasen den Inhalt immer wieder laut gegenüber den Soldaten. Nachdem die Polizei angerückt war und die Personalien festgestellt hatte, wurden die Teilnehmenden wieder durch das Haupttor entlassen.

Am nächsten Morgen blockierte dieselbe Gruppe die Zufahrt der SoldatInnen, die zum Dienst kamen. Oberstleutnant Gregor Schlemmer als ranghöchster Offizier in Büchel kam erstmalig zu einer Blockade und nahm den Verbotvertrag nun persönlich von den beiden US-Nonnen entgegen.

Am selben Abend machte sich eine aus vier US-AmerikanerInnen und dem deutschen Aktivist Gerd Büntzly bestehende Gruppe auf, um die Atombombenbunker zu „inspizieren“. Ein Stunde verbrachten sie auf einem Bunker im Militärgelände, bis sie von Bewegungsmeldern erfasst wurden. Diese Aktion machte Schlagzeilen: Das Sicherheitskonzept des Atomwaffenlagers ähnele dem eines Vergnügungsparks, schallte es aus dem Bundestag. Das Sicherheitskonzept würde überarbeitet werden, und auch ein neuer Hochsicherheitszaun werde errichtet werden, behauptete das Militär. Die umliegende Bevölkerung reagierte in LeserInnenbriefen entsetzt auf den offensichtlich laxen Umgang mit Massenvernichtungswaffen.

Angeklagt wurde für diese vielen Aktionen internationaler AkteurInnen allein Gerd Büntzly, der am 16. Januar 2019 sein Berufungsverfahren in Koblenz haben wird.

**Go-Ins mit internationalen Gästen im Jahr 2018.** In diesem Jahr gelangten wieder 22 AktivistInnen durch die Zäune. Die internationale Woche startete mit einer neunköpfigen US-Grup-

pe, einer achtköpfigen Catholic-Workers-Delegation mit Aktiven aus Holland, Österreich und Großbritannien sowie jungen Menschen aus Italien, Spanien, Frankreich, Russland, Belgien des Mutlanger Jugend-Workcamps.

Unter den US-AmerikanerInnen befanden sich viele, die zu Hause gegen die Produktionsanlagen der neuen Atombomben vom Typ B61-12 protestieren, und drei, die bereits im Vorjahr in der Bücheler Militärbasis waren.

Die neue Atombombe soll auch für Büchel und für die Atomwaffenstützpunkte in Belgien, Holland, Italien und der Türkei produziert und frühestens ab 2024 in Europa stationiert werden.

Obwohl die Verantwortlichen nach der „skandalösen“ Go-In-Aktion im letzten Jahr das militärische Sicherheitskonzept überarbeiten wollten, schafften es allein am 15. Juli fünf international zusammengesetzte Gruppen unbemerkt in den Sicherheitsbereich. Von den insgesamt 18 Personen gelangten einige zur Landebahn und drei Aktive auf einen neu eingezäunten Atombunker. Auch gelangte nur wenige Tage nach der internationalen Woche eine Gruppe der QuäkerInnen und ChristInnen auf die Landebahn und verzögerte den Start eines „Tornado“-Flugzeuges. Sie hatten das Militär telefonisch über ihren „Aufenthalt im Inneren“ informiert. Auf der Landebahn hielten sie ein kleines Friedenskonzert ab. Und am Hiroshima-Gedenktag wagten sich zwei US-AmerikanerInnen erneut erfolgreich auf einen weiteren eingezäunten Atombunker. Die US-Amerikanerin Susan Crane schaffte es damit zum dritten Mal in nur zwei Jahren auf diese Bunker!

**US-AktivistInnen fordern Strafverfolgung nach Atombunkerbesetzung.** In den letzten 20 Jahren führten Go-In-Aktionen immer zu Anklagen und Verurteilungen wegen Hausfriedensbruchs, teilweise auch wegen Sachbeschädigung, wenn der Zaun durchschnitten wurde. Die Höhe



US-Nonnen dringen in den Fliegerhorst ein: Schwester Ardeth (mit Ican-Logo) und Carol (rechts davon)

der Geldstrafen für Nicht-Vorbestrafte belief sich auf maximal 40 Tagessätze, es gab aber auch Verfahrenseinstellungen. Auffällig ist allerdings: Die Staatsanwaltschaft weigerte sich im-

mer, Verfahren auch gegen (Mit-)AktivistInnen aus dem europäischen Ausland einzuleiten. Zwar gab es manchmal Ermittlungsverfahren, jedoch kam es nie zu einem Strafprozess. »

### Kirchliche Friedensbewegung bleibt in Büchel aktiv DFG-VK-Mitglied Margot Käbmann beim Aktionstag am 7. Juli mit dabei

Wie schon in diesem Jahr soll es auch 2019 am zweiten Jahrestag der Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages durch 122 Staaten, dem 7. Juli, einen Aktionstag am letzten deutschen Atomwaffenstützpunkt in Büchel geben. Dies teilte die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“, der ChristInnen aus mehreren evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Friedensbewegung Pax Christi angehören, mit. Mit dabei sein wird die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und ehemalige hannoversche Landesbischofin Margot Käbmann, die auch Mitglied in der DFG-VK ist, nach Büchel kommen. Sie wird in der Andacht in Büchel predigen.

Am 7. Juli 2018 hatten mehr als 500 ChristInnen bei einem kirchlichen Aktionstag in Büchel ein deutliches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt gegeben. In seiner Predigt beim Auftaktgottesdienst hatte Renke Brahm, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, die Bundesregie-

rung nachdrücklich dazu aufgefordert, sich dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen und alles dafür zu tun, dass die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Bei dem Aktionstag hatten viele der TeilnehmerInnen einen Aufruf an Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet, in dem sie die Bundesregierung eindringlich aufforderten, einem weiteren atomaren Auf- und Nachrüsten Einhalt zu bieten, sich für die Abschaffung der Atomwaffen einzusetzen und den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.

Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“ hatte sich im Dezember 2017 auf Initiative des badischen Forums Friedensethik gebildet. Ihr gehören derzeit ChristInnen aus den Evangelischen Landeskirchen in Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, der Pfalz, dem Rheinland und Württemberg an, ebenso nehmen Mitglieder der katholischen Friedensbewegung Pax Christi an den Treffen teil. »



US-AktivistInnen fordern nach Atombunkerbesetzung in diesem Juli Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft Koblenz

» Vor diesem Hintergrund protestierten nun im Juli 2018 Gerd Büntzly mit seinen US-MitstreiterInnen bei der Generalstaatsanwaltschaft in Koblenz: „US-AktivistInnen fordern Strafverfolgung nach Atombunkerbesetzung!“ Susan Crane (74 Jahre, aus Kalifornien) und John LaForge (62 Jahre, aus Wisconsin) übergaben dort gemeinsam mit Gerd Büntzly (68 Jahre) die Adressen der vier US-AktivistInnen. Nur Gerd Büntzly wurde aber im Januar 2018 vom Amts-

gericht Cochem erstinstanzlich zu 40 Tagessätzen verurteilt. Die Staatsanwaltschaft erklärte zu den US-„MittäterInnen“ lediglich mündlich, dass es wohl schwierig sein werde, sie postalisch zu erreichen, und sie daher nicht verfolgt werden könnten. Dazu gibt es aber eine rechtliche Verpflichtung! Gegenüber der Presse gab die Staatsanwaltschaft nun die Einstellung des Verfahrens gegen die US-AmerikanerInnen bekannt, eine schriftliche Bestätigung oder Mitteilung darüber gibt

es allerdings nicht. John LaForge sagte dazu: „Dreimal wurden unsere Personalien aufgenommen: vom US-Militär, der Bundeswehr selbst sowie von der örtlichen Polizei. Die US-Regierung bricht mit den Atombomben in Büchel genauso wie die deutsche Regierung den Atomwaffensperrvertrag, in dem sie sich verpflichtete haben, keinem Nicht-Atomwaffenstaat - wie es Deutschland ist - Atombomben zu überlassen!“ Und Susan Crane argumentierte weiter: „Wir alle haben diese Aktion mit dem Ziel gemacht, auch gerichtlich das internationale Recht hier zur Geltung kommen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft scheint internationale Verwicklungen mit den USA hierüber zu scheuen. Deshalb übergeben wir nochmals persönlich heute die Adressen aller Beteiligten.“

Susan Crane, John LaForge, Bonnie Urfer und Stephen Baggerly verbrachten zusammengerechnet 19 Jahre in US-Gefängnissen für ihre dortigen gewaltfreien Proteste gegen US-Atomwaffen. Ihre Motivation und die internationale Gesetzeslage wollen sie auch vor deutschen Gerichten vortragen. Genau das scheint die deutsche Justiz nicht zu wollen.

**Berufungsverfahren am 16. Januar 2019.** Doch so schnell geben sich die US-MitstreiterInnen nicht geschlagen: Susan Crane und John LaForge werden am 16. Januar 2019 in Koblenz zu Gerds Büntzlys Berufungsverfahren anwesend sein. Ihr Ziel ist es, als Zeuginnen gehört zu werden, sofern ihr Verfahren tatsächlich eingestellt wurde.

Und ein weiterer Zeuge wird ein schottisches Urteil einbringen. Damit wurde erstmals das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom Juli 1996 in einem Gerichtsverfahren zur Kenntnis genommen und die Angeklagten 1999 auf dieser Grundlage freigesprochen.

*Marion Küpker ist aktiv bei der GAAA und internationale Koordinatorin der DFG-VK für die Abschaffung von Atomwaffen.* «

### Internationales Friedensbüro – mit knappen Mitteln sehr aktiv

Zum jährlichen Ratstreffen kam das IPB (International Peace Bureau) Ende November in Nikosia zusammen. Tagungsort war das Home for Cooperation, der einzige Ort in der entmilitarisierten Zone der geteilten Stadt, in der Nord- und Südyprioten sich treffen können.

Das IPB befindet sich im zweiten Jahr der Umstrukturierung (Aufgabe des Zentralbüros; Organisierung der Tätigkeiten durch drei dezentrale Büros in Barcelona, Berlin und Genf zu günstigen Kosten) und ist trotz knapper Finanzmittel sehr aktiv. Aktionsschwerpunkte waren und sind die „Globale Kampagne gegen Militärausgaben“ jährlich im April/Mai, die maßgebliche Beteiligung an den internationalen Protesten gegen die Nato sowie die Anti-Atomwaffenarbeit. Hier hat das IPB eine langjährige Expertise in der Lobbyarbeit bei den Vereinten Nationen sowie den Konferenzen rund um den Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT); mit *Ican* gibt es eine gute Zusammenarbeit. In diesem Jahr nahm das IPB erstmals am Asia-Europe People's Forum (Paralleltreffen der Zivilgesellschaft zum alle zwei Jahre stattfindenden Asia-Europe Meeting Summit der Staaten) in Gent (Belgien) teil; es gelang, für den bisher unterbelichteten Themenbereich „Frieden und Sicherheit“ größere Aufmerksamkeit hervorzurufen. Zur Vorbereitung des nächsten Forumstreffen 2020 in



Asien wird das IPB 2019 einen Workshop zu diesem Thema in Berlin organisieren. Ein Jugendnetzwerk des IPB (IPBYN) ist im Aufbau; 2019 soll ein großes Jugendtreffen in Berlin stattfinden. Mit dem neu entstandenen *Global Net Against the Arms Trade* (Verbindung zur Aktion Aufschrei und anderen nationalen Anti-Rüstungsexportkampagnen) besteht eine Zusammenarbeit. Für 2021 ist in Barcelona ein zweiter Weltkongress geplant. Der erste Weltkongress 2016 in Berlin wurde nicht nur von vielen AktivistInnen besucht, sondern führte auch auf nationaler wie internationaler Ebene zu guten Kontakten zu einigen bedeutenden Gewerkschaften, was sich u.a. in der Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt Aufrüsten“ zeigt. Mit einem Aufruf zur Verteidigung des INF-Vertrags, die als Anzeige im englischen Guardian erscheinen soll, versucht das IPB außerdem, eine europäische Protestbewegung in dieser Sache anzustoßen.

*Guido Grünwald, internationaler Sprecher der DFG-VK*

## „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Vor 35 Jahren waren Hunderttausende Menschen für Frieden auf den Straßen. Es war die Zeit der großen Aktionen gegen die Stationierung von US-Atomraketen in Deutschland.

Manchmal bin ich froh, die Großdemonstrationen (ich bin Jahrgang 1986) nicht miterlebt zu haben – so trauere ich dieser Zeit der Massenmobilisierung weniger hinterher. Beindruckend finde ich die Aufnahmen der Proteste dennoch. Immer wieder sind auf den Film- und Fotoaufnahmen auch Fahnen unseres Verbands zu sehen – und ich grübele, ob ich die ein oder andere abgelichtete Person nicht kenne.

Natürlich wäre es schön, wieder so viele Leute auf die Straßen zu bekommen. Und die angekündigte Aufkündigung des INF-Vertrags durch US-Präsident Donald Trump – und die bereits seit Jahren laufende atomare Aufrüstung der USA und auch Russlands – wären dafür allemal ein guter Grund. Die Masse der Menschen in Deutschland (und weltweit) sieht das aber nicht so.

Zwar sind sicherheitspolitische Themen durchaus in den Medien, und laut Umfragen haben wir die Menschen bei fast all unseren Themen – egal, ob gegen Atomwaffen, Rüstungsexporte, Auslandseinsätze, Kampfdrohnen oder für zivile Konfliktlösung – auf unserer Seite. Gegen die aktuelle, aggressive und auf Eskalation ausgelegte Militärpolitik aufbegehren tun aber nur wenige. Es gibt aktuell – trotz zunehmender Drohungen – kein Bedrohungsgefühl bei den Menschen, und da die Wehrpflicht ausgesetzt ist, tangiert das Militär auch junge Menschen kaum (was natürlich gut ist – so sollen doch alle auch persönlich in „Frieden leben“).

Die Menschen haben ein „freundliches Desinteresse“ nicht nur an der Bundeswehr (wie ein ehemaliger Bundespräsident einmal bemerkte), sondern auch an kritischen Haltungen zu Krieg und Militär. Und auch wenn heutzutage (zu anderen Themen) einmal Massen mobilisiert werden, heißt das noch lange nicht, dass die regierenden Politikerinnen und Politiker darauf reagieren.

**Für uns gilt es**, einerseits die kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber vielen Militärthemen aufrecht zu erhalten, und andererseits diejenigen von unseren Positionen zu überzeugen, die Entscheidungen über unsere politischen Themen treffen können: Bei Ersterem sind wir schon sehr gut, bei Letzterem gibt es noch Nachholbedarf.

Das heißt mehr Lobbying und mehr Aktionen im „Divestment“-Bereich – denn wenn es um Geld geht, tut es vielen Unternehmen erst weh. So bearbeitet der deutsche Ableger der „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (Ican) seit einiger Zeit erfolgreich Banken, um sie von Investitionen in Atomwaffen abzubringen.

Die von uns mitgetragene „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ ist bereits sehr aktiv bei Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen.

Und das „Deutsche Bündnis Kindersoldaten“ trifft sich wiederum seit zwei Jahren immer wieder mit Politiker\*innen der SPD sowie Vertreter\*innen des Verteidigungsministeriums (was erwartbar nicht sonderlich erfolgreich, aber durchaus erkenntnisreich war) und des Auswärtigen Amtes, um sie davon zu überzeugen, keine Minderjährigen mehr in der Bundeswehr zuzulassen.

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.  
Kontakt: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)



Was daneben heute gefragt ist, sind direkte politische Projekte: Früher hat unser Verband den Menschen mit dem Angebot der KDV-Beratung direkt geholfen – wir hatten einen direkten Nutzen für die Menschen. Heute leuchtet unsere Arbeit den Menschen nicht mehr so einfach als für sie oder die Gesellschaft „gut/gewinnbringend“ ein – auch wenn sie das natürlich ist.

Während im Hambacher Forst Bäume und Bagger besetzt werden, um direkt etwas gegen klimaschädliche Kohleverstromung zu tun, und Seenotretter\*innen Flüchtenden im Mittelmeer das Leben retten und sie in einen hoffentlich sicheren Hafen bringen, sind unsere Themen – sind Krieg und Militär – und unsere Aktionen dagegen oft zu abstrakt.

**Das sind nur Gedanken und Ideen**, aber wir sollten überlegen, „direktere“ Aktionen durchzuführen. Diese müssen zudem attraktiv „verkauft“, also gut medial aufgearbeitet sein. Wie wir das anstellen, darüber sollten wir in Zukunft diskutieren – und dazu würde auch der Platz für diese Kolumne wohl nicht reichen.

Wie und wo ich in den letzten Monaten aktiv war, könnt ihr online verfolgen – auf unserer Website sowie auf unserem Facebook- und Youtube-Account. Zudem berichte ich alle zwei Monate im DFG-VK-Newsletter über die neusten Aktivitäten im Verband. Falls ihr den noch nicht bekommt, meldet euch: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de) «